

**Protokoll der 67. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
am Freitag, 17.04.2015, 20:03 Uhr,  
im Sitzungssaal des historischen Rathauses,  
Rathausgasse 6, 63654 Büdingen**

Anwesend waren:

**CDU-Fraktion**

Dießl, Reinhold  
Gerlach, Markus  
Gohlke, Kerstin  
Harris, Benjamin Carlos  
Jentzsch, Dieter  
Kalbhenn, Petra  
Luft, Bernd  
Müller, Heinz-Walter  
Preußner, Robert

bis 21:45 Uhr

**SPD-Fraktion**

Geyer, Otto  
Haberland, Christian  
Kaiser, Matthias Stefan  
Kemink, Gerhard  
Kleta, Rolf  
Moritz, Sebastian  
Richter, Horst  
Schlösser, Heidi  
Siemon, Carola  
Stürz, Edgar

**FWG-Fraktion**

Gottmann, Armin  
Knab, Kirsten  
Kraft-Marhenke, Sabine  
Kroll, Axel  
Majunke, Ulrich  
Schierhorn, Wilhelm  
Strehm, Tim

ab 20:22 Uhr

ab 21:34 Uhr

**FDP**

Preißner, Dorothea

**Pro Vernunft-Fraktion**

Bähr, Gunnar  
Faust, Wolfgang

**Bündnis 90/Die Grünen**

Cott, Joachim  
Cott, Susanne  
Klein, Sylvia  
Thielmann, Volker

**NPD**

Lachmann, Daniel

**vom Magistrat**

Hix, Manfred  
Hornung, Reiner  
Marhenke, Reiner  
Mäser, Norbert  
Molz, Wilfried  
Spamer, Erich Bürgermeister  
Welling, Elmar

**Schriftführer**

Bennemann, Gerhard Magistratsoberrat  
Jäger, Florian  
Sommer, Sabine

Entschuldigt fehlen:

**CDU-Fraktion**

Merz, Klaus

**FWG-Fraktion**

Ditzel, Wilhelm

**Bündnis 90/Die Grünen**

Lommel, Armin

**vom Magistrat**

Diefenbach, Horst  
Leitner, Bernd  
Nettelbeck, Jürgen

entschuldigt  
entschuldigt

**Tagesordnung:**

- 1 Anfragen aus der Bevölkerung
- 1.1 Bürgeranfrage Bernd Grasmück betr.: Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2015  
Vorlage: Anf/353/2015
- 2 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers
- 3 Aktuelle Anfragen und Magistratsmitteilungen
- 3.1 Aktuelle Anfrage des Stv. Gerlach, betr.: Sachstand Breitbandausbau  
Vorlage: Anf/354/2015
- 3.2 Aktuelle Anfrage der Stve. Kraft-Marhenke, betr.: Geänderte Öffnungszeiten des Freibades  
Vorlage: Anf/355/2015

- 3.3 Aktuelle Anfrage des Stv. Cott, betr.: Einrichtung einer Kommission zur Begleitung der Erstaufnahmeeinrichtung  
Vorlage: Anf/356/2015
- 3.4 Aktuelle Anfrage des Stv. Faust, betr.: Familienstadt mit Zukunft, Projekt Begehrbarer Seemenbach  
Vorlage: Anf/357/2015
- 3.5 Aktuelle Anfrage des Stv. Kaiser, betr.: Sachstand Schlussrechnung Freibad  
Vorlage: Anf/358/2015
- 3.6 Aktuelle Anfrage des Stv. Kaiser, betr.: Verkauf des Hallenbades  
Vorlage: Anf/359/2015
- 4 Bericht des Kämmerers über die Kassenlage gemäß Begleitbeschluss 6 zum Haushalt  
  
Anträge der Fraktionen und Beiräte
- 5 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Pro Vernunft, betr.: Abberufung des Stadtverordneten Strehm aus der Eigenbetriebskommission Stadtwerke  
Vorlage: III/439/2015
- 6 Antrag des Stv. Lachmann, Übernahme der Verfahrenskosten durch den Bürgermeister  
Vorlage: III/440/2015
- 7 Antrag der Fraktion SPD, betr.: Plakatierung zu Wahlen im Stadtgebiet  
Vorlage: III/438/2015
- 8 Antrag des Ortsbeirates Wolferborn, Jagdpacht aus dem "Wolferbörner Wald" für die Sanierung und Ausbau der Feldwege  
Vorlage: III/441/2015  
  
Vorlagen des Stadtverordnetenvorstehers
- 9 Wahl des städtischen Vertreters in der Verbandsversammlung der ekom21  
Vorlage: II/363/2015
- 10 Vorlage des Stadtverordnetenvorstehers, betr.: Widerspruch des Bürgermeisters gegen den Aufstellungsbeschluss für den B-Plan "Kaserne"  
Vorlage: I/485/2015/1  
  
Ausschussberichte
- 11 Bericht des Haupt- und Finanzausschusses, betr.: Petition der Anlieger des Rosenwegs im Stadtteil Düdelsheim  
Vorlage: VI/122/2015

- Vorlagen des Magistrates/Bürgermeisters
- 12 Weiterführung des Mietvertrages der Jugendpflege im Alten Gymnasium  
Vorlage: II/362/2015
  - 13 Erlassantrag betreffend Gewerbesteuerforderungen, Grundbesitzabgaben sowie Gebühren zur Aufstellung eines Grabmals inkl. Säumniszuschlägen und Mahngebühren  
Vorlage: I/455/2015/1
  - 14 Wahl einer stellv. Schiedsperson  
Vorlage: V/342/2014/1/1
  - 15 Magistratsvorlagen Grundstücksgeschäfte
  - 15.1 Verkauf eines Bauplatzes im Baugebiet „Am Sonnwiesenrain III“ Gemarkung Eckartshausen, Flur 7 Nr. 120, Sonnwiesenstraße 23  
Vorlage: I/496/2015/1
  - 15.2 Verkauf eines Bauplatzes im Baugebiet „Am Sonnwiesenrain III“, Gemarkung Eckartshausen, Flur 7 Nr. 132, Sonnwiesenstraße 20.  
Vorlage: I/494/2015/1
  - 15.3 Verkauf des Grundstücks Gemarkung Eckartshausen, Flur 15 Nr. 90/9 „Der Braune Berg“  
Vorlage: II/364/2015
  - 16 Magistratsvorlagen Personalangelegenheiten
  - 17 Bekanntgaben an die SVV

## NIEDERSCHRIFT

**Stadtverordnetenvorsteher Luft** eröffnet die Sitzung um 20:03 Uhr. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und bei 32 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Er trägt die Vorschläge des Stadtverordnetenvorstandes zur Behandlung der Tagesordnung wie folgt vor:

Ohne Aussprache sollen die TOP 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15.1 und 15.2 behandelt werden.

Es wurde festgehalten, dass bei TOP 5 von jeder Fraktion nur zwei Vertreter sprechen. Ergänzend werde eine Stellungnahme des Betroffenen, da er während der Aussprache wegen Widerstreit der Interessen nicht anwesend sein darf, verlesen.

Direkt in den Haupt- und Finanzausschuss werden folgenden Punkte verwiesen: 8 und 15.3; TOP 15.3 wird zur abschließenden Entscheidung verwiesen.

Der vorgeschlagenen Verfahrensweise zur Tagesordnung wird einstimmig mit 31 Ja-Stimmen und einer Enthaltung zugestimmt.

## **1 Anfragen aus der Bevölkerung**

### **1.1 Bürgeranfrage Bernd Grasmück betr.: Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2015**

**Vorlage: Anf/353/2015**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Luft,

am 23.3.2015 besuchte ich als Bürger die für 18.00 Uhr terminierte Sitzung der Büdinger Stadtverordnetenversammlung. Mein Interesse galt in erster Linie den Beratungen zum Thema „Erstaufnahmelager Armstrong Kaserne“. Sie schlugen vor, diesen Tagesordnungspunkt, der als Punkt zwei auf der Tagesordnung stand, nichtöffentlich zu beraten. Eine Erklärung wodurch ein Ausschluss der Öffentlichkeit begründet sei, wurde nicht gegeben und die Stadtverordneten beschlossen, wie vorgeschlagen. Daraufhin wurde ich gebeten, den Sitzungssaal zu verlassen. In der Erwartung, dass die Öffentlichkeit im Laufe der Sitzung wieder hergestellt würde, wartete ich vor dem Eingang. Leider erfolgte die Wiederherstellung der Öffentlichkeit auch nicht, als Herr Dr. Witteck die Sitzung verließ. Verwundert war ich auch, dass die Herren Kraus und Naumann sich in den Sitzungssaal begaben und anscheinend an der nichtöffentlichen Sitzung teilnahmen. Weiterhin wurde die Öffentlichkeit augenscheinlich auch nicht zu dem TOP 3 „Verschiedenes“ hergestellt. Um mir die Vorgehensweise zu erklären, bitte ich darum mir unter dem TOP Bürgeranfragen der nächsten Sitzung folgende Fragen zu beantworten:

1. Die Gemeinde- und Landkreisordnungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland sowie die Hauptsatzung der Stadt Büdingen schreiben einvernehmlich vor, dass die Sitzungen der Vertretungskörperschaften (hier der Stadtverordnetenversammlung) öffentlich sind. Dies basiert in erster Linie auf das, im Grundgesetz unter Art 20 Abs.1 verankerte, Demokratieprinzip, an das die Gemeinden und Kreise gemäß Art 28 GG gebunden sind. Sinn dieser Festlegungen ist es, dem Bürger eine gewisse Kontrolle der städtischen Gremien zu ermöglichen um politische Konsequenzen bei der nächsten Wahl ziehen zu können. Welche Gründe lagen im Detail vor, die Öffentlichkeit zu dem gesamten Tagesordnungspunkt auszuschließen?
2. Wie heute aus der Presse zu erfahren war, wurde in dieser Sitzung auch der Beschluss gefasst, für das Kasernengelände einen Bebauungsplan aufzustellen. Da es sich hierbei um Beratungen zu einer Satzung handelt, besteht besonderes öffentliches Interesse. Wieso war die Öffentlichkeit zur Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen?
3. Falls es einen sachlichen Grund für die nichtöffentliche Beschlussfassung gibt, wieso wurden der Beschluss nicht gemäß §52 Abs.2 HGO nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit bekannt gemacht?
4. Mit welcher Rechtfertigung durften die Herren Kraus und Naumann an der

Sitzung teilnehmen?

5. Wieso wurde selbst der TOP 3 nichtöffentlich beraten?

Mit freundlichen Grüßen

Bernd Grasmück

Immobilienbüro Grasmück, Berliner Str. 29, 63654 Büdingen

**Bürgermeister Spamer** erklärt, die Stadtverordnetenversammlung habe dies so beschlossen, er halte diesen Beschluss für rechtmäßig, mehr könne er dazu nicht sagen.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Antwort von Bürgermeister Spamer zur Kenntnis.

Stadtverordnetenvorsteher Luft lässt ein Herrn Grasmück Antwortschreiben zukommen.

## 2 **Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers**

**Stadtverordnetenvorsteher Luft** verliest ein Dankeschreiben der **Stve. Preißer** anlässlich der Glückwünsche zu ihrem 60. Geburtstag.

Er erinnert an den Gärtnermarkt mit Kinderfest am kommenden Sonntag. Das Kinderfest würde wegen der Baumaßnahme nicht am Kreisverkehr stattfinden, sondern vor der Stadtverwaltung/Willi-Zinnkann-Halle.

Weiterhin verliest er ein Schreiben des Verschwisterungsvereins bzgl. der Vorstandswahlen am 8. Mai 2015.

## 3 **Aktuelle Anfragen und Magistratsmitteilungen**

**Stadtverordnetenvorsteher Luft** weist darauf hin, dass in der letzten Stadtverordnetenversammlung ein Antrag der Fraktion Pro Vernunft gab, hier ging es unter anderem um ein städtebauliches Konzept für die Armstrong Kaserne. Da dieser nicht sofort beantwortet werden konnte, sei vereinbart worden, dieses bis zur nächsten Sitzung nachzuholen. Hier stehe noch eine Antwort aus.

**Bürgermeister Spamer** erklärt, dass die Anfrage bereits durch einen Aktenvermerk vom 26.01. beantwortet sei. Er verliest den Aktenvermerk. Er erklärt, dass die Honorarsumme 5.300,00 € betragen habe und seiner Auffassung nach marginal über den 5.000,00 € liege und daher vertretbar sei.

**Stadtverordnetenvorsteher Luft** erklärt, dass der Punkt somit fristgerecht beantwortet worden sei.

**Bürgermeister Spamer** erklärt, dass er bei der BIMA zu zweiten Mal nach dem Sachstand in Sachen Ausschreibung angefragt habe. Die erste Antwort sei am 09.04., die zweite heute um 10:41 Uhr eingegangen. Der Sachstand sei noch immer der gleiche, es gäbe keine Themen die besprochen hätten können. Sobald sich der Sachverhalt ändere, werde die BIMA auf die Stadt zukommen.

**Stadtverordnetenvorsteher Luft** fragt nach, ob es richtig sei, dass die BIMA

gut zwei Wochen nach Beendigung der Ausschreibung nicht sagen könne, wer den Zuschlag erhalte.

**Bürgermeister Spamer** erklärt, dass er dies nicht bestätigen könne, er verweise auf seine vorherige Aussage.

### **3.1 Aktuelle Anfrage des Stv. Gerlach, betr.: Sachstand Breitbandausbau**

**Vorlage: Anf/354/2015**

**Stv. Gerlach** fragt nach dem Sachstand Breitbandausbau.

**Bürgermeister Spamer** erklärt, dass man mit der Ausschreibung beschäftigt sei.

### **3.2 Aktuelle Anfrage der Stve. Kraft-Marhenke, betr.: Geänderte Öffnungszeiten des Freibades**

**Vorlage: Anf/355/2015**

**Stve. Kraft-Marhenke** bittet den Magistrat die geänderten Öffnungszeiten für das Freibad zu überdenken. Die Öffnungszeit morgens sei von 7:00 Uhr auf 9:00 Uhr verlegt worden. Vielleicht ginge ja ein Kompromiss mit 8:00 Uhr.

**Bürgermeister Spamer** erklärt, dass die Änderung auf einer Vorlage zur Haushaltskonsolidierung des Bauamtes basiert. Es sei in den letzten zwei Jahren eine Liste geführt worden, in der die Besucher für die Uhrzeiten von 7:00 bis 8:00 Uhr und von 8:00 bis 9:00 Uhr gezählt wurden, hier sei eine durchschnittliche Besucherzahl von 40 Personen je Morgen festgestellt worden. Die geänderte Öffnungszeit würde eine Einsparung in Höhe von 10.000,00 € betragen. Das Thema werde im Magistrat nochmals besprochen.

**Stve. Klein** fragt nochmal wie die Auswertung zu verstehen sei.

**Bürgermeister Spamer** erklärt, dass in der Saison 2013 und 2014 jeden Morgen durchschnittlich 40 Personen das Bad genutzt hätten.

### **3.3 Aktuelle Anfrage des Stv. Cott, betr.: Einrichtung einer Kommission zur Begleitung der Erstaufnahmeeinrichtung**

**Vorlage: Anf/356/2015**

**Stv. Cott** fragt nach dem Sachstand zur Einrichtung einer Kommission zur Begleitung der Erstaufnahmeeinrichtung.

**Bürgermeister Spamer** erklärt, dass erst der Magistrat die Bildung der Kommission beschließen müsse.

In der Aussprache ergab sich, dass in dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung festgehalten worden sei, dass die Fraktionen hierfür einen Vertreter benennen. Dies sei bisher nur seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erfolgt.

**Stadtverordnetenvorsteher Luft** fordert die Fraktionen auf den Vertreter ihrer Fraktion in der kommenden Woche zu benennen.

### **3.4 Aktuelle Anfrage des Stv. Faust, betr.: Familienstadt mit Zukunft, Projekt Begehbarer Seemenbach**

**Vorlage: Anf/357/2015**

**Stv. Faust** erklärt, dass seit geraumer Zeit drei Angebote vorlägen. Er stellt folgende Fragen:

1. Warum ist die Beauftragung noch nicht erfolgt?
2. Ist mit einer Beauftragung in den nächsten 14 Tagen zu rechnen und wer beauftragt wann die Arbeiten?
3. Wer ist Verantwortlicher in der Verwaltung für das Projekt?

**Stadtverordnetenvorsteher Luft** rügt, dass es sich bei der Anfrage nicht um eine kleine Anfrage handele wie unter dem Tagesordnungspunkt vorgesehen.

**Bürgermeister Spamer** erklärt, dass die Anfrage erst heute eingegangen sei. Nach Rücksprache mit dem Bauamt könne er die Auskunft geben, dass die Angebote Herr Egnor eingeholt und diese letzte Woche in der Verwaltung abgegeben habe. Die Angebote seien nicht vergleichbar und daher nicht auswertbar. Weiterhin verliest er eine Mail von Herrn Bennemann an Herrn Faust bezgl. des Ausschreibeverfahrens: *„Das Vergaberecht sieht generell vor, dass nicht das gesamte Verfahren in einer Hand durchgeführt wird, da dann generell ein erhöhtes Manipulationsrisiko gesehen wird. Aus diesem Grund wiederhole ich den Vorschlag von Herrn Kraus, dessen Auffassung ich insoweit voll und ganz teile, die jetzige Preiseinholung fallen zu lassen und den Auftrag ordnungsgemäß auszuschreiben. Das Land prüft regelmäßig als Förderstelle, ob das Vergaberecht eingehalten worden ist und nutzt regelmäßig jede Chance, um bei Verstößen die Zuschüsse zurückzufordern.“*

Ansprechpartner sei Herr Kraus vom Bauamt. Es erfolge derzeit keine Beauftragung da das Ausschreibeverfahren nicht eingehalten worden sei.

### 3.5 Aktuelle Anfrage des Stv. Kaiser, betr.: Sachstand Schlussrechnung Freibad

**Vorlage: Anf/358/2015**

**Stv. Kaiser** fragt an, wann mit der Schlussrechnung der Freibadsanierung zu rechnen sei.

**Bürgermeister Spamer** erklärt, dass bis vor ca. acht Wochen noch Verhandlungen mit den Firmen wegen der Mängel geführt worden seien. Hier würden die Rückantworten noch fehlen.

### 3.6 Aktuelle Anfrage des Stv. Kaiser, betr.: Verkauf des Hallenbades

**Vorlage: Anf/359/2015**

**Stv. Kaiser** fragt an, wie der Sachstand zum Verkauf des Hallenbades sei. Wurde beim Wetteraukreis nachgefragt, ob dort ein Kaufinteresse bestünde.

**Bürgermeister Spamer** erklärt, dass seitens des Wetteraukreises kein Interesse bestehe. Anderen sei es nicht angeboten worden. Die Abbruchkosten würden den Grundstückswert verschlingen.

## 4 Bericht des Kämmerers über die Kassenlage gemäß Begleitbeschluss 6 zum Haushalt

Kontostände	Auszug vom	Stand	zuzügl. Abbuchungen	Endstand
			abzgl. Überweisungen	



Sparkasse	15.04.2015	-347.312,52		-347.312,52
VR Bank	15.04.2015	108.173,67		108.173,67
Postbank	15.04.2015	39.310,82		39.310,82
<b>Gesamtsumme</b>				<b>-199.828,03</b>
<b>Ausgaben/Rechnungen</b>				
fertig zum überweisen				73.363,36
erfasste Rechnungen im Umlauf				81.256,36
Eingangs-Rechnungen			ca.	70.000,00
Kreis/Schulumlage 04/2015				0,00
Gehälter 04/2015				0,00
<b>Gesamtsumme</b>				<b>224.619,72</b>
<b>Einnahmen</b>				
Schlüsselzuweisung 04/15				0,00
Abbuchungslauf 2. Qu.			ca.	0,00
Gem.ant. Steuern 30.04.			ca.	0,00
<b>Gesamtsumme</b>				<b>0,00</b>
Bankbestand				-199.828,03
Verbindlichkeiten				-224.619,72
Forderungen				0,00
<b>Kassenkredithöhe</b>				<b>14.000.000,00</b>
<b>Endstand 16.04.2015</b>				<b>-424.447,75</b>
<b>Endstand inkl. Kassenkredit 16.04.2015</b>				<b>-14.424.447,75</b>

## Anträge der Fraktionen und Beiräte

### 5 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Pro Vernunft, betr.: Abberufung des Stadtverordneten Strehm aus der Eigenbetriebskommission Stadtwerke

Vorlage: III/439/2015

#### Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 6 Abs. 7, Hess. EigB-Ges die Abberufung des Stadtverordneten Tim Strehm aus der Betriebskommission des Eigenbetriebs Stadtwerke der Stadt Büdingen.

#### Begründung:

Gemäß § 6 Abs. 7 Hess. EigBGes können Mitglieder der Betriebskommission durch Beschluss der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Gemeindevertreter vorzeitig abberufen werden.

Die haltlosen Beschuldigungen des Stadtverordneten und Mitglied der Eigenbetriebskommission Tim Strehm haben den Stadtwerken geschadet. Damit ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Stadtwerken nicht mehr gewährleistet. Weitere Gründe werden mündlich dargelegt.

gez.  
Fraktionsvorsitzender  
der  
SPD – Fraktion

gez.  
Fraktionsvorsitzender  
CDU – Fraktion

gez.  
Fraktionsvorsitzen-  
der  
Pro Vernunft

### Aussprache:

**Stv. Strehm** verlässt den Saal wegen Widerstreit der Interessen.

**Stadtverordnetenvorsteher Luft:** Das Wort hat Fraktionsvorsitzender Ulrich Majunke, bitteschön.

### **Fraktionsvorsitzender Majunke:**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren, Klärschlammverwertung ist ein komplexes Thema! Um Ihnen die Problematik etwas zu erläutern, möchte ich Ihnen Textteile aus der ARD Sendung LOGO verlesen Klärschlamm betreffend.

" Jeden Tag nutzen wir zu Hause verschiedene Hightech-Chemikalien, Kosmetika und Medikamente, Zahnpasta mit Weißmachereffekt, Waschmittel mit neuartigen Reinigungsmitteln, Antibiotika oder Hormonpräparate. Und alles landet entweder direkt oder über den Umweg durch unseren Körper im Abwasser. Moderne Kläranlagen können inzwischen zwar viele Schadstoffe herausfiltern, doch gegen einige dieser neuen, feinen Spurenstoffe sind sie machtlos. Sie bleiben im Klärschlamm hängen! Landwirte bekommen den Klärschlamm kostenlos oder werden sogar für die Abholung bezahlt. Der Schlamm aus den Kläranlagen ist für sie ein wertvoller Rohstoff! Denn er enthält jede Menge Phosphor, Stickstoff, Kalium und Magnesium und lässt Pflanzen sprießen. So gelangen beim Düngen jedes Jahr Tonnen von Klärschlamm in die Umwelt und damit auch Hormone, Arzneimittelrückstände und Mikroschadstoffe. Forscher warnen: Sind die Spurenstoffe erst einmal im Boden, lassen sie sich kaum mehr kontrollieren. Es können sogar neue Verbindungen entstehen, die toxischer sind als die Ausgangsstoffe. Wegen dieser Schadstoffbelastung des Klärschlammes, wollen viele Bundesländer wie etwa Bayern, Baden-Württemberg und NRW ganz weg von der landwirtschaftlichen Verwertung.

**Stadtverordnetenvorsteher Luft:** *Ulrich darf ich dich mal unterbrechen. Du hast jetzt nicht den Tagesordnungspunkt verwechselt. Der Tagesordnungspunkt heißt nicht Klärschlamm, der heißt andersder.*

**Fraktionsvorsitzender Majunke:** *Ja das weiß ich, das ist meine Einleitung.*

**Stadtverordnetenvorsteher Luft:** *Ich bitte doch zur Sache zu sprechen.*

**Fraktionsvorsitzender Majunke:** Ein Großteil des Klärschlammes wird inzwischen verbrannt. In Zementwerken, Kohlekraftwerken oder direkt in der Kläran-

lage wie in München. Diese sogenannte thermische Verwertung ist zwar teurer als den Schlamm einfach auf die Felder zu kippen, doch das Verfahren bietet enorme Vorteile. Denn bei der Verbrennung werden alle organischen Schadstoffe zerstört. Übrig bleibt nur die Asche, in der wiederum die anorganischen Schadstoffe, wie zum Beispiel Schwermetalle, gebunden sind. Diese Asche kann dann auf einer Deponie entsorgt werden. Allerdings geht dabei der wertvolle Phosphor als Dünger verloren! Der Königsweg der Zukunft wird sein den Phosphor aus dem Klärschlamm herauszuholen, um ihn wieder in den Prozess zurückzubringen. Im großen Stil ist dieses Verfahren bisher jedoch noch nicht rentabel genug."

Ich hoffe das Verlesene hat sie etwas für die Vorgänge und Kontroversen bei der Ausbringung von Klärschlamm sensibilisiert! Nicht zuletzt aus den oben genannten Gründen, ist es das Ansinnen der FWG Büdinger höchstmögliche Transparenz auf diesem schwierigen Felde zu gewährleisten und als Stadt in allen Belangen Rechtskonform zu handeln! Um unsere Bürger und die Umwelt vor Schaden zu bewahren. Folgeschäden aus der unsachgemäßen Ausbringung des Klärschlammes stellen für die Stadt ein erhebliches finanzielles Risiko dar. Angesichts dieser Tatsache halten wir das Verhalten von Tim Strehm für angemessen! Er ist seiner Pflicht als Mitglied der Eigenbetriebskommission, eventuelle Missstände aufzuzeigen und die Stadt vor Schaden zu bewahren, nachgekommen. Daher halten wir es für fadenscheinig und unlauter, dass ausgerechnet diese Tatsache der Grund für seine Abberufung sein soll. Es scheint uns, als sollten hier demokratische Kontrollmechanismen ausgehebelt werden. Die von Ihnen gemachten Vorwürfe stammen aus nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten der Eigenbetriebskommission. Wir wissen jedoch aus Debatten in diesem Haus, dass der Beschluss, die Staatsanwaltschaft einzuschalten, ein Mehrheitsbeschluss der Kommission war. Die Ausführungen der Staatsanwaltschaft zeigen auf, dass Verstöße gegen die Düngemittelverordnung und das Vergaberecht vorlagen. Das heißt, was in der Vergangenheit geschah entsprach nicht geltendem Recht. Deshalb muss die Klärschlammverwertung neu ausgeschrieben werden, das bedeutet die Kosten für die Ausschreibung und die damit einhergehende Rechtsberatung, wären der Stadt bei regelgerechter Verfahrensweise ohnehin entstanden. Auch von einem Imageschaden für die Stadtwerke kann in unseren Augen keine Rede sein, denn die Vorgänge um die Klärschlammausbringung waren noch nie so transparent wie heute! Davon profitieren unsere Bürgerinnen und Bürger! Es hat für uns den Anschein, dass hier Tim Strehm, der aufgrund seiner beruflichen Tätigkeit über ein enormes Fachwissen im Bereich Abwasser verfügt, gezielt öffentlich diskreditiert und aus der Eigenbetriebskommission entfernt werden soll.

*Beifallsbekundung von der Fraktion FWG und Bündnis 90/Die Grünen.*

**Stadtverordnetenvorsteher Luft:** Das Wort hat die Stve. Frau Preißer, bitte schön.

**Stve. Preißer:** Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrten Damen und Herren, es ist aus meiner Sicht höchst bedauerlich, dass aus einer sachlichen Anfrage zum Vorgang Klärschlammverwertung eine solch emotional und persönlich übergriffig geführte Debatte geworden ist. Ich möchte daran erinnern, dass am Anfang nur zwei Fragen standen. Nämlich im Magistrat 2008 nach dem Vertrag des Vorgangs Klärschlammverwertung und zweitens nach dem Prüfverfahren und der Risikoverantwortung, was ja dann auch zu den Diskussionen im WET und BPU-Ausschuss 2013 führte. Die Fragen wurden nicht umfänglich beantwortet,

deswegen zogen sich diese Diskussionen ja über drei Jahre hin. Es hat sich herausgestellt, dass sich, der Uli Majunke hat es angesprochen, dass wir verschiedene Dinge neu ordnen müssen. Das ist jetzt angegangen worden. Dass all diese Unzulänglichkeiten personifiziert wurden, ist aus meiner Sicht unprofessionell und auch nicht mit ehrenamtlich tätig zu entschuldigen. Die vielen Sitzungen zum Thema haben ja gezeigt, dass wir in Zukunft das besser aufstellen und so sieht es ja auch aus. Die Ausschreibung soll ja für 2016 erfolgen. Mir ist dies deswegen wichtig, weil ich genau diese Bodenbeprobung, Uli Du hast darüber referiert, diese Bodenbeprobung für sehr wichtig halte. Allerdings, zur Personifizierung, Rufschädigung und auch ändern unsachlichen Methoden kann man in solchen Fällen nicht greifen. Man darf nur über die Sache reden, über das was Klärschlammverwertung bedeutet und wie sie bei uns in Zukunft stattfinden kann. Also sollte man immer auf Sachlichkeit setzen und persönliches und kommunalpolitisches trennen. Nicht ohne Grund gibt es in der HGO den Begriff des Interessenwiderstreits zu dem ich persönlich ja auch schon einiges gehört habe und da ging es um weniger wichtige Dinge. Außerdem meine ich auch, dass man erkennen kann wenn man sich verrannt hat oder Sachlagen sich ändern. Dann sollte man umdenken und sollte das auch zugeben. Ich hab' das auch für mich gemacht, das ist auch nicht einfach, ich erwähne den Sportplatzneubau. Man ist dann schon bestimmten, ich will nicht sagen Anfeindungen, aber doch neuen Debatten ausgesetzt. Aber man muss sich dem stellen. Es fällt nicht leicht, aber ich glaube, dass man das tun sollte für die persönliche Standortbestimmung und auch für die gemeinsame Arbeit. Das trifft aus meiner Sicht, dass sage ich hier ganz klar in Sachen Klärschlamm Diskussion oder Verwertung für Tim Strehm als auch für Herrn Mäs zu. Danke.

*Allgemeine Beifallsbekundung.*

**Stadtverordnetenvorsteher Luft:** Die nächste Wortmeldung hat die Frau Stve. Klein.

**Stve. Klein:** Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrten Damen und Herren, ich will hier, ich möchte hier inhaltlich gar nichts weiter zu sagen. Ich möchte einfach nur feststellen, dass hier viele der Stadtverordneten ein Informationsdefizit haben, weil viele Dinge im Magistrat oder im Eigenbetrieb besprochen wurde. Die meisten von uns haben davon keine Kenntnis. Deswegen beantragen Bündnis 90/Die Grünen folgendes:

*Die Stadtverordnetenversammlung richtet nach § 50 Abs. 2 der Hessischen Gemeindeordnung in Verbindung mit der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung einen Akteneinsichtsausschuss ein. Gegenstand des Ausschusses ist der gesamte Themenkomplex Klärschlamm hierbei u.a. inwieweit liegt eine Schädigung des Stadtverordneten und Eigenbetriebsmitglied Tim Strehm gegenüber den Stadtwerken vor. Um eine objektive Bewertung vornehmen zu können, sollen dem Ausschuss folgende Unterlagen zu Verfügung gestellt werden: Magistratsprotokolle nebst Anlagen, Emails, Akten und Protokolle der Eigenbetriebssitzung nebst Gutachten, Verträge, Schriftwechsel, mündliche Absprachen und Einschätzung des HSGB aus dem Eigenbetrieb Stadtwerke.*

Ja, das war's.

*Beifallsbekundung von der Fraktion FWG und Bündnis 90/Die Grünen.*

**Stadtverordnetenvorsteher Luft:** Nächste Wortmeldung hat der Stv. Reinhold Dießl.

**Stv. Dießl:** Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrten Damen und Herren,

auch ich werde natürlich inhaltlich nicht auf die Klärschlammverwertung eingehen, das ist ja auch nicht unser Tagesordnungspunkt heute Abend. Trotzdem danke ich dem Fraktionsvorsitzenden Majunke für den lehrreichen Vortrag, aber den Mitgliedern der Eigenbetriebskommission ist das bekannt was Sie hier vorgetragen haben. Und ich gehe mal insbesondere auf das Verhalten des Stadtverordneten und Mitglied der Eigenbetriebskommission Tim Strehm ein und dann ich vielleicht auch kein Akteneinsichtsausschuss mehr notwendig. Wir und damit meine ich die Unterzeichner des Antrages und Mitglieder der Eigenbetriebskommission haben den gemeinsamen Antrag wohlüberlegt in die heutige Sitzung gebracht. Tim Strehm hat die Grundsätze eines verantwortungsvollen Umgangs sowohl mit der Eigenbetriebsleitung als auch mit den Mitgliedern der Kommission verletzt und hat Vertrauen zerstört. Sein Verhalten geht weit über die tolerierbaren Regeln des politischen Anstands hinaus und beeinträchtigt die weitere Zusammenarbeit nachhaltig. Zu seinen Gunsten spricht einzig und allein die unbestrittene Aufgabe der Mitglieder der Betriebskommission, nämlich die Überwachung der Betriebsleitung. Dabei ist aber zu beachten, dass es sich bei der Eigenbetriebskommission Stadtwerke um ein Kollegialorgan handelt und dazu gehört eben auch ein angemessenes Verhalten gegenüber Mitgliedern und Leitung dieses Gremiums. Oberstes Ziel des Eigenbetriebes soll die Sicherstellung der Versorgung des Stadtgebiets mit Frischwasser und der Entsorgung von Abwasser sein. Selbstverständlich unter Einhaltung aller rechtlichen Vorgaben. Die waren und das muss auch mal deutlich gesagt werden, schon mit der Übernahme des Kanalnetzes und der Kläranlage an die Stadtwerke zum 01.01.2008 nicht rechtskonform. Während sich jetzt aber Betriebsleitung und Kommissionsmitglieder damit beschäftigen Rechtssicherheit herzustellen, kam von Herrn Strehm zum gefühlten hundertsten Mal einzig und allein die Aussage die bestehenden Verträge seien unwirksam, schwebend unwirksam, ungültig oder es gäbe überhaupt keine Verträge. Abgesehen davon, dass diese Aussagen wenig hilfreich waren und die Arbeit auch nicht voran gebracht haben wäre das ja noch zu tolerieren gewesen. Allerdings haben diese Einwürfe dann im Laufe der Zeit doch eine Steigerung erfahren, die weder in einem solchen Gremium noch anderswo hinnehmbar sind. Ich zähle das jetzt mal auf. In der Sitzung der Eigenbetriebskommission am 07.04.2014, Frau Klein das können Sie dann im Protokoll alles nachlesen, wir brauchen keinen Ausschuss. Gut, in der Sitzung der Eigenbetriebskommission am 07.04.2014 hat Herr Strehm, basierend auf seine Annahme es gäbe keinen Vertrag zwischen den Stadtwerken und dem Lohnunternehmer Mäser, die Behauptung aufgestellt Mäser arbeite illegal. In dieser Sitzung wurde die Kommission auch erstmalig damit konfrontiert im vorangegangenen Herbst sei durch das Unternehmen Mäser auf bereits abgeernteten Maisflächen Klärschlamm aufgebracht worden. Laut Herrn Strehm handelt es sich um vier Flächen und es gäbe Beweismaterial in Form von Fotos. Die Rede war hierbei von unzulässig, verboten und illegal. In Sitzung der Eigenbetriebskommission am 12.05.2014 wurde der Vertrag der Übergabe von der Stadt an die Stadtwerke thematisiert. Hier wurde dem Betriebsleiter Abwasserentsorgung von Herrn Strehm mehrmals vorgeworfen, dass versucht würde etwas zu vertuschen. Die Frage des Betriebsleiters, was genau denn vertuscht wurde, konnte nicht beantwortet werden. In gleicher Sitzung hat Herr Strehm dann nochmals nachgelegt in Sachen illegaler Ausbringung von Klärschlamm. Er hat explizit Grundstücke und Eigentümer benannt und zusätzlich noch nach einem Grundstück in

Bleichenbach gefragt. Die Rede war von illegal und kriminell und es gäbe dafür mehrere Zeugen, die auch benannt werden könnten. Da diese Anwürfe so nicht im Raum stehen bleiben konnten, hat der Eigenbetrieb beschlossen bei der Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren einzuleiten. In der Sitzung der Eigenbetriebskommission am 01.10.2014 wurde vom Vorsitzenden dieses Gremiums eine Übergangsregelung für die Klärschlammentsorgung vorgelegt, der eine ältere Vertragsgrundlage beigefügt war, versehen mit drei Unterschriften. Herr Strehm hat das rechtmäßig zustande kommen einer Unterschrift bezweifelt und dem Vorsitzenden der Eigenbetriebskommission mit einer Anzeige wegen Urkundenfälschung gedroht. Am Rande der Sitzung der Eigenbetriebskommission am 06.11.2014 teilte uns Herr Strehm mit, dass die Staatsanwaltschaft bereits Ermittlungen aufgenommen habe und vier eidesstattliche Erklärungen vorliegen würden, die den Tatbestand der nicht genehmigten Ausbringung von Klärschlamm bezeugen. In der Sitzung der Eigenbetriebskommission am 02.12.2014 wurde den Mitgliedern ein Aktenvermerk, mit Prüfberichten der Stadtwerke wohlgemerkt, vorgelegt, aus dem hervorgeht, dass auf keinem der drei beprobten Grundstücke Stoffe aus Klärschlamm gefunden wurden. Auch die Eigentümer bzw. die Bewirtschafter der betroffenen Grundstücke, mit denen habe ich gesprochen, die waren darüber sehr erleichtert. Mit Schreiben vom 23.02.2015 hat die Staatsanwaltschaft Gießen dieses Ergebnis bestätigt und ihre eigenen Ermittlungen den Stadtwerken zugesandt. Es wurde ja vom Stadtverordnetenvorsteher an dieser Stelle verlesen. Wir haben erfahren, dass die Anschuldigungen haltlos sind, dass es ganz offensichtlich keine Fotos als Beweismaterial gibt, dass keine eidesstattliche Erklärungen vorliegen und dass nur noch zwei, allerdings unbrauchbare, Zeugenaussagen übrig geblieben sind, die stammen demnach aus dem engeren Umfeld des Herrn Strehm. Dadurch, dass diese Vorgänge in die Öffentlichkeit getragen und durch zumindest falsche Behauptungen gestützt wurden, ist viel Vertrauen in die ordnungsgemäße Entsorgung, in die Leitung der Stadtwerke und ebenso in die Arbeit der Mitglieder der Betriebskommission verloren gegangen. In dem Zusammenhang erinnere ich daran, dass die Eigenbetriebskommission nicht öffentlich tagt, hat Herr Majunke auch gesagt und ist auch richtig. Der Bürgermeister aber in erheblichen Maße dazu beigetragen hat Internas nach außen zu tragen und dadurch ein gerüttelt Maß an Mitschuld trägt an der Misere vor der wir heute stehen. Mit dem heutigen Antrag soll erreicht werden, dass sowohl den Landwirten als auch den Kunden der Stadtwerke signalisiert wird, dass die Eigenbetriebskommission satzungsgemäß arbeitet und ihren Aufgaben gerecht wird. Keinesfalls darf sich die Eigenbetriebskommission instrumentalisieren lassen, weil eines ihrer Mitglieder einen persönlichen Kleinkrieg führt. Das Vertrauen der Unterzeichner dieses Antrags in die Arbeit des Stadtverordneten und Mitglied der Eigenbetriebskommission Stadtwerke Tim Strehm ist nicht mehr gegeben. Daher fordern wir seine Abberufung. Letztendlich wurden seit Bekanntgabe der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zwei Stadtverordnetenversammlungen abgehalten. Herr Strehm war anwesend. Zu einer persönlichen Erklärung konnte er sich nicht aufraffen. Somit ist davon ausgegangen, ich glaube Herr Majunke hat's auch angedeutet, ist davon auszugehen, dass er weiterhin auf seine ehrverletzenden und rufschädigenden Anwürfen beharrt. Wir bitten um Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag mit dem Ziel Herrn Strehm aus der Betriebskommission des Eigenbetriebes Stadtwerke abzuberaufen.

*Beifallsbekundung von der Fraktion CDU, SPD und Pro Vernunft.*

**Stadtverordnetenvorsteher Luft:** Das Wort hat der Stv. Gunnar Bähr.

**Stv. Bähr:** Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren, Uli ein Wort „Entschuldigung“ oder ein Satz „Es tut mir leid“ hätte uns gereicht und wir hätten uns an solch einem Antrag nicht beteiligt. Aber anstatt dessen wird weiterhin mit Dreck geschmissen. Es ist hier nichts hinzuzufügen, was der Reinhold Dießl gesagt hat, es ist vollkommen richtig. Da muss man halt auch mal Manns genug sein und muss sagen, des was ich behauptet habe es werde Klärschlamm ins Wasserschutzgebiet gefahren oder so und muss sagen es tut mir leid, hatte falsche Informanten, die mich da vorn Karren gespannt haben. Ich wurde hier oft als Speerspitze der CDU bezeichnet. Von wem war denn Tim Strehm die Speerspitze? Das würde mich mal interessieren in dem Fall. Und was mich ja noch viel mehr ärgert sind unsere sensationslustigen Schreiberlinge. Sie geben diese Unwahrheiten auch noch weiter, statt mal zu recherchieren wie es in den Nachbarkommunen gemacht wird. Nein, da werden die Unwahrheiten die behauptet werden, die eigentlich gar nicht in die Presse kommen dürften, sie stehen nächsten Tag in der Zeitung. Also Ich hätte da mal in Ortenberg gefragt oder in Nidda gefragt oder in Hammersbach. Calbach und Eckartshausen, da wird der Klärschlamm in Hammersbach erzeugt. Wie wird's denn da eigentlich gemacht? Also von Calbacher und Eckartshäuser ist hier nichts dabei, nur mal zu sagen. *Allgemeines Gelächter.* Nirgends ist so ein Zirkus, wie in Büdingen wegen dem Klärschlamm und aufgebracht wird er überall. Und wir sind ganz schön in Verruf gekommen. Und Uli was Du sagst mit der Verbrennung, das mag ja alle sein, aber wer soll denn das alles bezahlen. Dann müssen wir die Kosten vielleicht, ich bin kein - *Zwischenruf Stve. Klein: Das haben wir nicht zu entscheiden.* - aber wer soll's bezahlen, die Bürger müssen's bezahlen. Also ich hatte ja gedacht, es käm heute Abend in der Öffentlichkeit noch eine Entschuldigung. Ich hatte sogar angeboten, dass er sich vielleicht heut' Abend hier entschuldigt, aber dann müssen wir leider Gottes dem Antrag zustimmen.

**Stadtverordnetenvorsteher Luft:** Das Wort hat der Stv. Gerhard Kemink.

**Stv. Kemink:** Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren, den Ausführungen von Herrn Dießl ist eigentlich nichts hinzuzuführen. Er hat umfassend über das berichtet was in der Eigenbetriebskommission geschehen ist. Es gäbe da noch eine ganze Menge hinten anzuhängen, welche Äußerungen gefallen sind in der Richtung „Ihr kunkelt ja nur mit dem, ihr wollt das ja gar nicht aufklären“ und so weiter. Ich geh' auf das, was der Gunnar Bähr gesagt hat. Es hätte ja zumindest mal gehört, nachdem die Staatsanwaltschaft hier das Ermittlungsverfahren eingestellt hat und nun wirklich nichts dabei rausgekommen ist, zu sagen, ja ich bin hier auf's falsche Pferd gesetzt worden. Aber es geht ja weiter und deshalb meine ich, ist dieser Abwahantrag auch nach wie vor gerechtfertigt. Ich lese hier in einer unserer lokalen Presseorgane folgendes, die hier zu diesem Thema berichten, über den Ausschluss von Tim Strehm, die Stellungnahme von ihm: „Viele Leute sind in der Vergangenheit auf mich zugekommen, dass auf bestimmten Flächen Klärschlamm aufgebracht wurden. Dann musste ich da nachhaken und der Sache nachgehen. Ob die Flächen dafür genehmigt waren oder nicht lässt sich nur durch den Beschlämmungsplan belegen. Als ich nach diesem gefragt habe, bekam ich keine Antwort.“ Das ist natürlich jetzt ein Vorwurf, der zieht. Man sieht das aus den Reaktionen, sofort sind Leute da und ich muss sagen mir ist das persönlich auch so gegangen. Ich hatte die Zeitung noch nicht richtig aufgeschlagen, da

hat meine Frau zu mir gesagt „Warum habt ihr, das muss man so sagen, warum habt ihr dem das nicht gegeben?“ Das ist doch eine einfache Geschichte gewesen. Warum habt ihr ihm das nicht gegeben?“. Und dazu ist folgendes zu sagen: Ich habe daraufhin den Herrn Klös angerufen und hab' gefragt, hat denn der Herr Strehm, es kann ja sein dass an mir was vorbeigegangen ist, diesen sogenannten Beschlämmungsplan gefordert. Der konnte sich daran nicht erinnern. Ich hab' daraufhin durch die Protokolle durchgelesen, ist ja ein starkes Stück Arbeit Frau Klein, da drüben liegen ja nur teilweise von den Protokollen, das ist ja so'n Ordner, denn es werden ja Wortprotokolle geführt. Ich hab' dazu nichts gefunden. Aber ich hab' einen interessanten Dialog gefunden und den will ich hier kurz vortragen:

*„Frage: Herr Klös, bekommen wir Protokolle von der Beprobung der Ackerflächen?“*

*Herr Klös: Selbstverständlich ja. Es führt dann noch weiter aus.*

*Frage: Herr Klös, wenn ich Sie jetzt richtig verstehe, die Stadtwerke wissen also auf welchen Flächen beschlämmt wird?“*

*Ja.*

*Frage: Gibt es welche Anzeichen, dass dieser Schlamm auf andere Flächen ausgebracht wird?“*

*Nein. Das soll ja genau verhindert werden durch die umfangreiche Überprüfung und Dokumentation der Lieferscheine.“*

Das hat aber dann niemand, nachdem dies also so gefragt worden ist und im Übrigen, das war nicht Herr Strehm der das gefragt hat, sondern das war meine Person, geht's munter weiter. Denn im Anschluss behauptet der Bürgermeister sofort "Ihr wisst ja gar nicht wo die Bodenproben hergenommen werden, der Herr Strehm verkauft ja den Klärschlamm, und da werden ja überhaupt wahrscheinlich überhaupt gar keine Proben genommen." Dies ist der Stil meine sehr geehrte Damen und Herren, dies ist der Stil in der die Eigenbetriebskommission oder inzwischen in der Eigenbetriebskommission diskutiert wird. Und dass man keine Vorstellung hat, von dem was im Büdinger Klärschlamm oder Klärwerk passiert, ich erinnere aus 2013 eine gemeinsame Sitzung der WET und des Bau- und Planungsausschusses, in dem der Herr Klös in einer Powerpointpräsentation genau dargelegt hat welche Verfahren angewandt werden, welche Schritte durchgeführt werden. Das beginnt mit dem Erstellen von Lieferscheinen, mit Lieferscheinvorausdrucken, mit der Meldung der Proben, wo Flächen beprobt werden, mit der Ablieferung der Proben. Das sind also hier in der Größenordnung zehn bis zwölf Schritte die durchgeführt werden müssen. Das hat sich der Klös nicht aus den Fingern gesogen, sondern das ist schlicht und einfach gesetzlich vorzugeben. Und da stellt sich der Herr Strehm hin, er hat nach dem Beschlämmungsplan gefragt und es ist er hat keine Antwort bekommen. Das ist der Stil, in dem es inzwischen in diesem, mit diesem Thema Klärschlamm umgegangen wird. Es werden gar keine Fragen gestellt, sondern es werden schlicht und einfach Behauptungen aufgestellt. Es werden Behauptungen aufgestellt und dann wird auf die Antworten hier überhaupt nicht eingegangen, weil die gar nicht interessieren. Sondern es wird schlicht und weiter immer in einer endlosen Reihe die gleichen Behauptungen wiederholt, bis eben hin zu dem Thema das dann endlich es der Eigenbetriebskommission, dass die das endlich dann gesagt haben, jetzt ist Ende, jetzt gehen wir zur Staatsanwaltschaft. Es ist hier vorhin angesprochen worden, es geht hier gar nicht um den Eigenbetriebskommission um den Herrn Mäser. Der kann sich



selbst verteidigen. Aber wer sich nicht verteidigen kann meine sehr verehrten Damen und Herren sind die Mitarbeiter der Stadtwerke. Die inzwischen und das ist man brauch' nur in der Presse zu lesen oder gewisse Leserbriefe die dann beschuldigen werden, die ihr Gift aufbringen unkontrolliert. Es ist die Eigenbetriebskommission der in endlosen Schleifen immer wieder vorgehalten wird, ihr kunkelt da, ihr steckt mit dem unter einer Decke. Und dies sind Dinge von denen wir sagen, ich will da nur jetzt noch ein Beispiel noch nennen. Dann heißt es auf einmal ihr handelt ja nach dem Hoeneß-Prinzip. Jetzt weiß ich nicht, was das Hoeneß-Prinzip ist, aber wenn ein Steuerhinterzieher in Zusammenhang mit der Handlung der Eigenbetriebskommission gebracht wird, dann ist, meine ich, Ende Fahnenstange. Und aus diesem Grund bin ich der Meinung, dass oder ich bin sehr sicher, dass der größte Teil der Mitglieder der Eigenbetriebskommission, es haben nicht alle unterschrieben, es gibt ja auch noch Leute die vom Betrieb und vom Betriebsrat dahin gesetzt werden bzw. reingewählt worden sind, dass die endlich wieder vernünftig arbeiten wollen und der Meinung sind, dass ist mit dem Tim Strehm nicht mehr gegeben. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

*Beifallsbekundung von der Fraktion CDU, SPD und Pro Vernunft.*

**Stadtverordnetenvorsteher Luft:** Das Wort hat der Stv. Joachim Cott, bitte schön.

**Stv. Cott:** Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren, sie haben viel gehört jetzt und da es so viel ist, ist der erste Schritt den wir jetzt machen werden, dass ich das Wortprotokoll beantrage. Ich möchte gern einiges nachlesen können und zwar all das, all das nachlesen können was hier gesagt wird. Herr Dießl es ist schön wenn man über ein gutes Gedächtnis verfügt, noch schöner ist es, wenn man so alt ist wie Sie und ich und dann auf das geschriebene Wort zurückgreifen kann. Das geschriebene Wort in Ihrem Fall bestand aus den Protokollen aus geheimen Sitzungen, aus nicht öffentlichen Sitzungen, die Sie hier ganz locker vorgetragen haben. Dies ist nach meinem Verständnis der HGO erstes Mal nicht zulässig. Sie haben eine Taktik, Sie haben was gelernt von mir sicherlich, schön, dass Sie Zitate wunderschön aus dem Zusammenhang reißen können, ja viel ist es nicht, ich geb's ja zu, aber ein bisschen was. Und dass Sie eben aus diesen Zitaten dann etwas stricken, wo man auch natürlich das Wort Kleinkrieg gegen Tim Strehm ableiten kann. Sie haben vielleicht recht mit ihren Behauptungen, darüber will ich jetzt nicht reden, das steht hier auch nicht zur Tagesordnung auf der Tagesordnung und auch nicht, dass was Herr Kemink glaubt unbedingt einwerfen zu müssen. Aber was auf der Tagesordnung steht Herr Dießl, ich weiß übrigens gar nicht wer bei der CDU und der SPD von Euch der Juniorpartner ist, wär auch mal interessant zu hören – *Gelächter* – *Einwurf Herr Dießl: Nicht die Grünen.*- aber ich glaub die Grünen, *Einwurf (nicht hörbar) sag' Du mir nicht was Sache ist oder sag's Dir selbst.* Vor einer Woche trafen sich paar Leute man nen sie Fraktionsvorsitzende, führten Gespräche, wie schlimm denn unsere klimatischen Vorgehensweise und Zustände wären und haben parallel dazu einen Antrag geschmiedet, der in meinen Augen alles ist nur nicht rechtmäßig. Es gibt etwas, das nennt man demokratische Grundeinstellung und demokratische Grundeinstellung heißt, dass ich Kritik hinnehmen muss, auch von Ihnen Herr Dießl, dass ich Kritik von jeder Seite akzeptieren muss, weil man unterstellt, dass man auf Kritik reagieren kann bzw. mit der Kritik umgehen kann, entkräften kann oder auch nicht. Was hier geschieht, widerspricht meinem demokratischen Grundverständnis zu hundert Prozent. Hier wird jemand an die Wand genagelt. Fünf Leute

von hier kennen, Herr Kemink, nur die Protokolle oder waren sachgemäß dabei, Herr Bähr Sie wissen's, und jetzt sollen die anderen über dreißig hier entscheiden über eine Sache, die sie weder inhaltlich beurteilen können, noch von der sie im Grunde wirklich mehr als Geschwätz, Schlagzeilen, Highlights, wie immer sie es nennen wollen, kennen. Auf diese Art und Weise mache ich Kritiker mundtot und darum geht's. Und das ist das schlimmste was man machen kann, dass man selbst in seiner unsagbaren Überheblichkeit so sicher ist, dass man Recht hat, dass man praktisch sich über etwas hinwegsetzen kann was jeden einzelnen vor uns das Recht ist, nämlich, Herr Bähr ist da ein durchaus vorzeigbares Beispiel dafür immer dann nachzufragen wenn Sie das Gefühl haben, hier muss ich nachfragen, hier bohre ich und hier nerve ich euch solange es nur geht. Herr Dießl darüber kann man streiten, Herr Strehm hat's genauso gemacht, aber ich denke es ist legitim, denn das nennt man Demokratie. Das mag nicht ihr Verständnis sein, aber für uns als Grüne und ich denk' wir sind hier nicht allein in diesem Raum mit dieser Denkweise, geht es ja darum, dass man im Grunde einen symbolischen ja auch Akt startet. In dem man versucht jemanden mit vielleicht, ich will das inhaltlich überhaupt nicht bewerten und darauf eingehen. Ob die Vorwürfe stimmen, zum Teil weiß ich sie stimmen, zum Teil weiß ich darüber kann man sehr streiten aber was ich weiß ist, es stimmt nicht, dass wir das Recht haben jemanden so ohne eine wirklich konkrete Grundlage für alle, das nachvollziehen zu können, jemanden fertig machen können. Denn wenn sie, Robert Preußner wird bestimmt darauf eingehen, davon reden, dass man doch einen anderen Menschen, sie kennen ihn, Norbert Mäser, nicht zu unrecht bloßstellen soll, brüskieren soll, was auch immer, Rufmord und dergleichen fiel ja. Ich denke Herr Dießl, vielleicht könnten wir uns ja einig sein, gilt für alle andern auch. Fairness ist ein Gebot, das kann man praktizieren. Was wir hier praktizieren, ist im Grunde eine Möglichkeit eine schnelle Entscheidung zu machen, jemanden den man im Grunde als Stellvertreter hinrichten, politisch hinrichten. Denn eigentlich gemeint ist jemand, der hier vor uns sitzt und das ist der Bürgermeister. Unter diesem Aspekt, dass man auf der einen Seite die Demokratie hier mit Füßen tritt in meinen Augen und auf der andern Seite etwas betreibt wo sich weder SPD noch CDU auch nur einen Funken Hoffnung machen sollten, dass man damit kritische Geister mundtot machen kann. Das wird nicht geschehen. Tim Strehm ist ein für mich Symbol dafür auch, egal was der falsch gemacht haben mag, und Herr Bähr, das hat er bestimmt auch, keine Frage. Ich glaube nicht, dass der Umgang jetzt den wir hier aufgrund des Antrages beschließen sollen, dass der die Lösung wäre, die im Grunde einem geordneten demokratischen Prozess im Sinne von Entscheidungsfindung entspricht. Ich seh' eine große Gefahr darin und die Gefahr die darin besteht, dass andere Leute, die weniger Stehvermögen haben und Herr Dießl die gibt es, leider zu viele, dass die im Grunde dann noch weniger den Mut haben werden sich gegen eine Mehrheit zu richten. Und der Punkt in diesem Haus denke ich, muss sein, dass wir diesen Versuch der Einschüchterung auf eine bestimmte Art nicht tolerieren. Und dieses nicht tolerieren Herr Dießl und wer auch immer in diesem Raum, wir werden diesen Akteneinsichtsausschuss beantragen und wie Sie wissen er wird damit beschlossen. Und was dann passiert ist vielleicht eine andere Überlegung noch, die bestimmt auch sehr interessant werden dürfte. Und uns geht es erst mal darum klar festzustellen, jeder hier, jeder hier hat das Recht die Unterlagen Herr Kemink die allen zugänglich sein sollten und wenn das Bündel noch so dick ist, aber nur auf Grundlage dieser gesamten Faktensammlung, dann zu entscheiden, wie könnte man mit jemand umgehen d

das und jenes der Mehrheitsauffassung nach getan hat. Aus diesem Grund Herr Kemink, Sie wissen wer damals als ich in der Eigenbetriebskommission sagte, lasst uns doch mal die Emails prüfen, ob's wirklich nur von Spamer weggeschickt worden ist und Sie ganz rebellisch waren und Angst hatten er könnte man könnte Sie überprüfen wollen, das war wirklich nicht meine Absicht. Aber nachzuvollziehen, wie laufen denn die Infowege hier ist zum Beispiel eine der Möglichkeiten, die wir dann - *Zwischenruf Herr Kemink* – bitte Herr Kemink so blöd bin ich nicht *weiterer Zwischenruf Herr Kemink*. – ich unterstelle überhaupt nichts Herr Kemink Nein, wie kommen sie da drauf? *Weiterer Zwischenruf Herr Kemink* – Sie sagen das nie. Gut. Kommen Sie auf Ihre eigene Suppe zu spucken und nicht auf mich Unser Antrag steht. Diesem Antrag bitte ich zu zustimmen. Wir die Grünen werden logischerweise den von ihnen gestellten Antrag ablehnen und dann wird man nachher sehen, was dann rauskommen wird wenn der Akteneinsichtsausschuss tagen kann. Ich danke für Ihre Geduld.

*Beifallsbekundung von der Fraktion FWG und Bündnis 90/Die Grünen.*

**Stadtverordnetenvorsteher Luft:** So weitere Wortmeldungen liegen mir vor, die Stve. Sabine Kraft-Marhenke.

**Stve. Kraft-Marhenke:** Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Kollegen, gestatten Sie mir die Erklärung von Tim Strehm vorzulesen. Bis heute Abend waren wir der Meinung, dass er hier seine Erklärung selber vortragen kann, der Herr Bennemann sieht's anders, auch hier gibt es offensichtlich juristische Meinungsunterschiede.

**Stadtverordnetenvorsteher Luft:** Das ist in der HGO ganz klar geregelt.

**Stve. Kraft-Marhenke:** Vielleicht, vielleicht können wir das auch irgendwie schriftlich nochmal haben.

*Unruhe.*

**Stadtverordnetenvorsteher Luft:** Es steht in der HGO drin.

*Zwischenruf Stv. Preußner: Also wieder nur neue Verdächtigungen.*

**Stadtverordnetenvorsteher Luft:** Es steht in der HGO drin.

**Stve. Kraft-Marhenke:** Ne, ne.

**Stadtverordnetenvorsteher Luft:** Also ich muss wirklich sagen, das ist nicht in Ordnung. Das ist nicht die Meinung vom Herrn Bennemann. Es steht glasklar in der HGO drin. Man muss halt nur lesen können.

*Beifallsbekundung von der Fraktion CDU und SPD.*

*Zwischenruf Stve. Klein: Sind Sie Analphabetin.*

**Stve. Kraft-Marhenke:** Ja, genau.

**Stadtverordnetenvorsteher Luft:** Oder wollen, besser gesagt, ja.

**Stve. Kraft-Marhenke:** Ich sag's jetzt mal so. Ich sag's deshalb, weil wir uns auch erkundigt haben und haben eine andere Antwort bekommen. Aus dem Grund, ja offensichtlich gibt's da unterschiedliche Meinungen.

*Zwischenruf Stve. Klein – nicht verständlich.*

**Stve. Kraft-Marhenke:** Genauso ist es, genauso ist es. Vorweg noch eine ganz, ganz persönliche Anmerkung zu Tim Strehm. Der Tim hätte es sich leicht machen können. Und er hätte sagen können, was schert mich das. Warum tu ich mir das an? Weil das auszuhalten ist auch nicht einfach und das können auch viele nicht. Aber Tim war zu Recht davon überzeugt diesen Weg zu gehen und wir als Fraktion sind sehr stolz darauf, dass wir einen Kollegen haben wie Tim, der so engagiert eigentlich seiner Aufgabe nachkommt. Wenn irgendwas in Ordnung nicht in Ordnung ist oder wenn irgendwelche Fragen zu stellen sind, die auch stellt und darauf auch eine anständige Antwort erwarten kann. Aber es war teilweise nicht

so. Ich lese jetzt die Erklärung von Tim Strehm vor.

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrte Damen und Herren, wie Sie alle wissen, wird von mir verlangt, dass ich aus der Eigenbetriebskommission zurücktrete. Ich könnte mir sogar vorstellen, dass sich so mancher hier im Raum im Geheimen wünscht: Hoffentlich schmeißt der jetzt komplett hin. Diese politischen Vertreter muss ich enttäuschen, ich trete nicht zurück. Vom Dezernenten konnte ich lesen, ich hätte mich ja wenigstens einmal entschuldigen können. Da frage ich mich wiederum, für was? Meinte er vielleicht, ich solle mich entschuldigen, weil ich darauf gedrängt habe, dass der Vertrag, den er mit Norbert Mäser im stillen Kämmerlein ohne die Kenntnis der Eigenbetriebskommission, Stadtverordneten, Magistrat zusammengeschustert hat nicht gültig sein könnte. Meinte er vielleicht, ich solle mich entschuldigen, dass nach fast dreißig Jahren der Klärschlamm heute endlich ausgeschrieben wird. Meinte er vielleicht, ich solle mich entschuldigen, dass ich will, dass bei einem so sensiblen Thema hundertprozentig genau gearbeitet wird? Nein, er meint bestimmt für, dass aus seiner Sicht, unnötige Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft gegen Norbert Mäser. War das nun wirklich unnötig? Wieso hat denn die Eigenbetriebskommission dann so entschieden, dass ermittelt werden soll? Ach ja stimmt, da war immer einer, der was behauptet hat. Aber was hat der denn behauptet? Im offenen Brief wird mir vorgeworfen, ich habe den Mitgliedern keinen Willen zur Aufklärung unterstellt. Diese Mitglieder sollten mal in die Protokolle und danach in den Spiegel schauen. Ich habe nie behauptet, dass ich Norbert Mäser gesehen habe, illegal Klärschlamm entsorgt hat. Ich habe behauptet, es gab nie einen Vertrag. Es hätte ausgeschrieben werden müssen. Der Überleitungsvertrag ist nicht rechtmäßig zustande gekommen. Der Überleitungsvertrag ist nicht gültig. Norbert Mäser haftet nicht wie gedacht. Die Stadtwerke und nicht Norbert Mäser hätte die Bodenprobe ziehen müssen. Die Stadtwerke und auch die Stadt Büdingen sind bis 2013 ihrer Kontrollfunktion nur zum Teil nachgekommen. All das ist heute nachgewiesen. Aber diejenigen, die nun meine Entfernung fordern, haben nicht dafür gesorgt, dass diese Mängel sofort abgestellt worden sind. Nein, wie Sie es in den Wortprotokollen schön nachlesen können, sie wollten, da ja alles von mir überhaupt nicht stimmte und bis zum 31.12.2016 einfach so weiter machen. Dann wolle man ausschreiben. Wegen meiner Ankündigung, der Angelegenheit weiter nachzugehen, wurde der HSGB zu einer Bewertung des Sachverhaltes aufgefordert. Obwohl die Stellungnahme des HSGB jedem Mitglied bekannt gewesen ist, sollte der Mangel immer noch nicht sofort abgestellt werden. Ich habe also nicht locker gelassen. Es wurde deswegen die Anwaltskanzlei Görk beauftragt, den Vertrag nochmals zu bewerten. Erst dieses Gutachten führte zu der Vorgehensweise, wie sie richtig ist. Sie sehen also, wer Kosten verursacht. Durch die zum Teil öffentlich geführte Debatte, meldeten sich bei mir Büdinger Bürger, die von unzulässiger Klärschlammausbringung berichteten. Da es schon in der Vergangenheit Missstände bei der Ausführung gegeben hat, nahm ich dies zum Anlass, in der Eigenbetriebskommission zu berichten. Von den Wortführern im offenen Brief wurde in diesem Zusammenhang immer gesagt, das stimme nicht. Eine weitere Untersuchung war somit nicht gewollt. Auch die Untersuchung der Betriebsleitung zu den Vorwürfen wurde nur durch die Befragung der Beschuldigten erledigt. Ich weiß zwar nicht, warum Herr Kemink dann Anzeige bei der Staatsanwaltschaft beantragt hat, aber damit wurde wenigstens festgestellt, dass strafrechtlich nichts nachzuweisen gewesen ist. Ich bin

der Meinung, es wäre besser gewesen, das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft in der Eigenbetriebskommission zu beraten. Da ist ja eigentlich doch was festgestellt worden. Was das ist und was es für Konsequenzen haben müsste, interessiert mich schon. Aber nun zu behaupten, dass gar nichts gewesen ist und ich an allem Schuld bin, übersteigt das Vielfache der Dreistigkeit, die in der Sache Klärschlamm bisher von den Adressaten des offenen Briefes an den Tag gelegt worden ist. Ich glaube, nein ich bin mir sicher, es ist ein ganz anderer Grund ist, warum ich weg muss. Der macht nur Ärger, der muss weg.“

**Stve. Kraft-Marhenke:** *Ich habe das Gefühl hinter mir wird gelacht.*

*Herr Bennemann: Wir haben uns halt gefreut, über eine Formulierung.*

**Stadtverordnetenvorsteher Luft:** *Das hat nichts mit der Sache zu tun.*

*Zwischenruf Stve. Klein: Ja da ist ja das nächste juristische Verfahren im Anzug.*

**Stve. Kraft-Marhenke:** *Möglicherweise ja. Eigentlich, eigentlich habe ich gesagt Herr Bennemann sind Sie eigentlich Bediensteter der Stadt und irgendwie zur Neutralität verpflichtet. Aber den Eindruck, na ja dem kann ich mich nicht entbehren, sind Sie eigentlich selten. Gut. Da dafür können Sie mich jetzt auch anzeigen.*

**Stadtverordnetenvorsteher Luft:** *Herr Bennemann steht aber hier nicht zur Debatte heute Abend.*

**Stve. Kraft-Marhenke:** *Genau, aber das musste ich jetzt einmal, dass konnte ich mir nicht verkneifen. Ich beende jetzt gleich.*

„Ich glaube, nein ich bin mir sicher, es ist ein ganz anderer Grund warum ich weg muss. Der macht uns nur Ärger, der muss weg. Da sage ich nur, was machen die, wenn ich mal im Magistrat sitze? Es lebe die Demokratie. Übrigens, übrigens, Ende des Jahres wird der Klärschlamm für die nächsten zehn Jahre europaweit ausgeschrieben. Seit 2015 ziehen die Stadtwerke die Bodenproben.“

Vielen Dank, dass Sie mir so zugehört haben.

*Beifallsbekundung von der Fraktion FWG und Bündnis 90/Die Grünen.*

**Stadtverordnetenvorsteher Luft:** So das Wort hat der Stv. Gunnar Bähr.

**Stv. Bähr:** Herr Stadtverordnetenvorsteher, mein sehr geehrte Damen und Herren, Herr Cott Sie haben mehrfach meinen Namen genannt. Selbstverständlich behaupte ich auch Sachen und bohre auch nach, aber ich kann mich eigentlich nicht daran erinnern, dass ich mal Behauptungen aufgestellt habe, die sich nach her als haltlos herausgestellt haben. Ich wurde zwar auch schon angezeigt wegen Sachen, aber das Verfahren hat mich zwar Geld gekostet, ich musste zum Rechtsanwalt gehen. In unserem Staat kann ja einfach einer haltlos angezeigt werden, dann muss er sich einen Anwalt nehmen, das kost' erst mal einen Haufen Geld. Aber egal, das Verfahren ist eingestellt worden. Aber Herr Cott was ich Ihnen noch sagen möchte, es gibt nicht nur Menschen, die was ausscheiden. Es gibt auch Tiere und da sprech' ich jetzt einmal unachtsame Hundehalter an. *Zwischenruf: Das muss doch jetzt nicht sein.* Die ein, zwei, drei Hunde, Autotür auf, Hunde raus, beim Bauer in Weizen, da sind da werden manchmal so Haufen abgelassen und die sind ungeklärt. Herr Cott, was kommt denn da raus, bei so was Also möchten wir, möchte ich auch, dass in Zukunft das Zeug von den Hunden geklärt wird und dass die Hundehalter ein bisschen mehr auf ihre Hunde achtpassen. Stellen Sie sich mal vor, Sie essen anschließend wieder das Brot von dem Weizen, wo die Hunde schöne dicke Haufen reingemacht haben. Guten Appetit.

*Allgemeines Gelächter.*

**Stadtverordnetenvorsteher Luft:** Also ich stelle fest, das Thema ist sehr ausbaufähig. So nächste Wortmeldung der Stv. Robert Preußner.

**Stv. Robert Preußner:** Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren heute vor acht Tagen saßen wir kürzlich hier, der Joachim Cott hat's angesprochen, die Fraktionsvorsitzende zusammen und haben uns bemüht, dass mir hier innerhalb der Stadtverordnetenversammlung in Zukunft ein besseres Klima bekommen. Und dazu gehört aber auch, wollte ich mal sagen, Ehrlichkeit. Und zwar Ehrlichkeit was in der Vergangenheit vorgefallen ist und das vermisse ich hier. Und ich muss sagen und da bin ich auch dem Herrn Kemink, auch dem Herrn Dießl, sehr dankbar, dass sie in aller Ruhe und sachlich begründet alle Tatsache die sich abgespielt haben in der Vergangenheit vorgetragen haben. Und ich kann das hier nicht besser wie die das gemacht haben, wie sie das gesagt haben. Und wenn ich dann die Antworten hier höre von der FWG und auch von den Grünen da versteh' ich, muss ich ehrlich sagen, die Welt nicht mehr. Und Joachim Du hast recht gehabt, die Eigenbetriebskommission tagt nicht öffentlich, aber wenn ich dann durch einen Unfall eine Mail bekomme vom Bürgermeister Spamer, das an mich gar nicht gerichtet war und der Herr Spamer ist ja auch dabei gewesen bei der Eigenbetriebskommission betrifft Abwasserentsorgung der Stadt Büdingen, Klärschlamm Entsorgung der Stadt Büdingen, da steht Wichtigkeit fett gedruckt: Hoch, also hochwichtig. Und dann geht ein Schreiben vom HSGB und zwar ich zitiere das „*Hallo Frau – ich möchte die Dame nicht zitieren, vielleicht auch deshalb weil die Mail nachts um 23:06, also sechs Minuten nach elf, weggeschickt wurde – bitte vertraulich behandeln, Kommissionen tagen unter Ausschluss der Öffentlichkeit, bitte mit mir dies absprechen, danke und Gute Nacht.*“ Was ist das für ein Bürgermeister, der behauptet diese Sitzungen Eigenbetrieb, kannst ja wasagen dazu, sind nicht öffentlich, tun aber dann Sachen öffentlich machen, schicken das der Presse zu, aber es ist hochwichtig, sag' das ja nicht weiter, ich spreche dann mit dir noch da drüber, wie du das verwerten kannst. Was ist das für eine Sache und wenn du dann sagst Eigenbetriebskommission ist nicht öffentlich und es passieren so Sachen. Wenn's jetzt von einem normalen Mitglied passiere würde, da würd' ich sagen ok, gut, aber wenn's vom Bürgermeister passiert ist das schon eine Schande. Und ich sag' das ganz locker und leicht und der Unterschied, das will ich Dir, jetzt Moment, Joachim ich bin nochmal bei Dir, der Unterschied ist der, dass Herr Mäser, weil Du das angesprochen hast, sich nicht schuldig gemacht hat. Aber Herr Strehm hat sich schuldig gemacht mit denen Aussagen wo er Leute wirklich beschuldigt hat und er hatte die Möglichkeit gehabt, der Herr Gunnar Bähr hat es leicht und locker gesagt, ok ich wär' auch bereit gewesen gegen meinen eigenen Antrag zu stimmen, wenn sich Herr Bähr – *Unruhe* - wenn der Herr Strehm in der Lage gewesen wäre sich zu entschuldigen. Genau, genau, das war ein Versprecher. Aber den darf man ja machen, sie haben mich j aufmerksam gemacht. Und lieber Joachim hättest Du Dich am Anfang für Herrn Mäser so eingesetzt, wie Du Dich Heute hier für Herrn Strehm eingesetzt hast, dann hätte ich alles geglaubt, was Du heute Abend gesagt hast. Da hätte ich alle geglaubt was Du heute Abend gesagt hast. Aber in Anbetracht der Tatsache, dass wir ein besseres Klima wollen, steigere ich mich jetzt hier gar nicht rein und wir wollen ja in Zukunft besser zusammenarbeiten und deswegen halte ich mich da zurück und will auch jetzt niemand anschuldigen oder sonst was und beleidigen und deswegen wär's ganz gut wenn wir darüber abstimmen sollten und dem Antrag da stattgeben sollten. Vielen Dank.

*Beifallsbekundung von der Fraktion CDU, SPD und Pro Vernunft.*

**Stadtverordnetenvorsteher Luft:** Das Wort hat die Stve. Sabine Kraft-Marhenke.

**Stv. Cott:** Kontingent erschöpft.

**Stv. Majunke:** Wir beantragen namentliche Abstimmung.

**Stadtverordnetenvorsteher Luft:** Gibt es weitere Wortmeldungen, das ist nicht der Fall, dann ist die Debatte geschlossen, wir kommen zur Abstimmung.

**Stv. Cott:** Unser Antrag wird nachher abgestimmt.

**Stadtverordnetenvorsteher Luft:** Der wird nachher abgestimmt. Da sag' ich auch noch was dazu. Immer eins nach dem andern. So, wir kommen zur Abstimmung zu dem Antrag der zur Debatte stand.

**Stv. Majunke:** Darf Herr Strehm wieder reinkommen?

**Stadtverordnetenvorsteher Luft:** Der darf wieder reinkommen und darf natürlich mit abstimmen.

*Stv. Tim Strehm wird in den Saal zurückgeholt.*

**Stadtverordnetenvorsteher Luft** führt die namentliche Abstimmung durch und gibt das Ergebnis bekannt.

**Stadtverordnetenvorsteher Luft** äußert Bedenken hinsichtlich der für den Ausschuss vorgesehenen Aufgabe, dieser sei zu allgemein und umfassend formuliert. Er kündigt an, dazu eine Stellungnahme des HSGB einzuholen.

#### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss wie vorgeschlagen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Dem Beschlussvorschlag wurde mit 22 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und einer Enthaltung zugestimmt.

In der namentlichen Abstimmung stimmten die Fraktionen der CDU, SPD, Pro Vernunft und der Vertreter der NPD für den Beschlussvorschlag. Die Fraktionen der FWG und Bündnis 90/Die Grünen stimmten dagegen. Die Vertreterin der FDP enthielt sich der Stimme.

## **6 Antrag des Stv. Lachmann, Übernahme der Verfahrenskosten durch den Bürgermeister**

**Vorlage:** III/440/2015

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die Kosten des Verfahrens zwischen der Stadt Büdingen und dem Stadtverordneten Daniel Lachmann wegen der Nichteinladung zum "Runden Tisch" durch den Bürgermeister getragen werden.

#### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Beschlussvorschlag ab.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 31 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen.

**7 Antrag der Fraktion SPD, betr.: Plakatierung zu Wahlen im Stadtgebiet****Vorlage: III/438/2015****Beschlussvorschlag:**

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen wo im Stadtgebiet Plakate oder Plakatständer zu den Wahlen angebracht werden dürfen.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss wie vorgeschlagen.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss erfolgte mehrheitlich mit 20 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen.

Der Ablehnung des Zusatzantrages erfolgte mehrheitlich mit 10 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

**8 Antrag des Ortsbeirates Wolferborn, Jagdpacht aus dem "Wolferbörner Wald" für die Sanierung und Ausbau der Feldwege****Vorlage: III/441/2015****Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordneten Versammlung beschließt, dass die Jagdpacht aus dem "Wolferbörner Wald" zu 50% (d.h. die Hälfte der Jagdpacht) für die Sanierung und den Ausbau von Feldwegen in der Gemarkung Wolferborn eingesetzt werden. Dieser Betrag wird in Zukunft den Jagdgenossen Wolferborn zusätzlich für den Unterhalt der Feldwege zur Verfügung gestellt.

Die bisherige Regelung, dass die Stadt sich an der Sanierung und dem Ausbau der Feldwege (in Höhe der Jagdpacht) finanziell beteiligt bleibt hiervon unberührt. D.h. wird die Jagdpacht (Feld) für die Sanierung und Ausbau der Feldwege verwendet gibt die Stadt den gleichen Betrag für den Ausbau und Unterhalt dazu.

**Beschluss:**

Verwiesen an den Haupt- und Finanzausschuss.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Verweisung erfolgte einstimmig mit 32 Ja-Stimmen.

**Vorlagen des Stadtverordnetenvorstehers****9 Wahl des städtischen Vertreters in der Verbandsversammlung der ekom21****Vorlage: II/363/2015****Beschlussvorschlag:**

Herr Gerhard Bennemann wird zum Vertreter der Stadtverordnetenversammlung in der Verbandsversammlung der ekom21 gewählt.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.



**Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 7 Enthaltungen.

**10 Vorlage des Stadtverordnetenvorstehers, betr.: Widerspruch des Bürgermeisters gegen den Aufstellungsbeschluss für den B-Plan "Kaserne"**

**Vorlage: I/485/2015/1**

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung hebt ihren am 23. März 2015 in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan für das Kasernengelände auf.
2. Die Stadtverordnetenversammlung holt die am 27. Februar 2015 in den Bau- und Planungsausschuss verwiesene Magistratsvorlage zurück.  
„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gem. § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung eines Bebauungsplans für den Bereich „Am Lipperts“ (Kasernengelände) und die Änderung des Bebauungsplans Nr. 47 „Feuerwehr“. Der Flächennutzungsplan ist entsprechend zu ändern.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans bzw. der Flächennutzungsplanänderung ist in den als [Anlage 1](#) und Anlage 2 beigefügten Karten durch eine unterbrochene Linie kenntlich gemacht.

Der Bebauungsplan erhält die Ordnungsziffer 52.

Ziel bzw. Zweck der Planung ist die planungsrechtliche Festsetzung einer Nachfolgenutzung für die betreffenden Flächen.“

3. Aufgrund der §§ 14 und 16 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 51 HGO beschließt die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bidingen die folgende Veränderungssperre als Satzung:

**§ 1****Räumlicher Geltungsbereich**

Die Veränderungssperre erstreckt sich auf den gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 52 „Am Lipperts“.

Der Geltungsbereich ist in der beigefügten unmaßstäblich verkleinerten Karte durch eine unterbrochene Linie dargestellt.

**§ 2****Rechtswirkungen der Veränderungssperre**

Die unzulässigen Veränderungen ergeben sich aus § 14 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des BauGB. Danach dürfen

- Vorhaben im Sinne des § 29 nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden,
- erhebliche oder wesentliche wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden.

### § 3 Inkrafttreten

Die Veränderungssperre tritt am Tage der Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses in Kraft.

#### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Beschlussvorschlag ab. Der Beschluss vom 23. März bleibt damit wirkungslos, die Vorlage ist weiterhin im Geschäftsgang des BPU-Ausschusses.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Die Ablehnung erfolgte einstimmig mit 32 Nein-Stimmen.

#### **Ausschussberichte**

#### **11 Bericht des Haupts- und Finanzausschusses, betr.: Petition der Anlieger des Rosenwegs im Stadtteil Düdelsheim**

##### **Vorlage: VI/122/2015**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den nachfolgenden Bericht mit Zustimmung zur Kenntnis.

#### **Bericht:**

Der Ausschuss hat sich in seiner Sitzung vom 2. März intensiv mit der Petition befasst.

Für die Petenten stellte Herr Schweikhardt die Sicht der Dinge dar. Man habe sich an die Stadtverordnetenversammlung gewandt, nachdem man beim Ortsbeirat nicht auf offene Ohren gestoßen sei. Die Petenten sehen weder eine Gefährdung der Verkehrssicherheit noch ein Sanierungsbedürfnis, gelegentliche Reparaturen seien ausreichend. Die von der Stadt mitgeteilten Reparaturaufwendungen der letzten Jahre erschienen überhöht.

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass die Maßnahme ursprünglich schon zusammen mit der Maßnahme „Hofacker“ durchgeführt werden sollte, dann aber abgetrennt worden sei. Die beabsichtigte Maßnahme sei eine Folge der ebenfalls anstehenden Sanierung des Kanals, der nach der Aussage anwesender Magistratsmitglieder bei der Untersuchung nach der Eigenkontrollverordnung in die Schadensklasse „ROT“ aufgenommen werden musste. Im Ortsbeirat sein die anstehenden Maßnahme über Jahre hinweg immer wieder diskutiert worden, leider ohne dass die Anlieger damals Interesse gezeigt hätten.

Vom Ausschuss wurde eine Informationsveranstaltung im Ortsteil angeregt, bereits im Vorfeld soll der Magistrat in der Petition aufgeworfenen Fragen beantworten. Die Antworten sollen den Petenten und den Stadtverordneten vor der Informationsveranstaltung übermittelt werden. Der Ausschuss wünscht außerdem, dass die kostengünstigste Lösung dort umgesetzt werden soll, hält es

aber wirtschaftlich nicht für vertretbar, auf die grundhafte Erneuerung zu verzichten.

Bürgermeister Spamer hat eine schriftliche Beantwortung der Fragen zugesagt, zu den entstehenden Kosten und den sich daraus ergebenden Beiträgen könne erst etwas ausgesagt werden, wenn mindestens die ausschreibungsfähige Planung vorliegt.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss wie vorgeschlagen.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 30 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

**Vorlagen des Magistrates/Bürgermeisters**

**12 Weiterführung des Mietvertrages der Jugendpflege im Alten Gymnasium**

**Vorlage: II/362/2015**

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die Miet- und Mietnebenkosten der Jugendpflege für die Räumlichkeiten im Alten Gymnasium bis zum 31.12.2015 übernommen werden.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss wie vorgeschlagen.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss erfolgte mehrheitlich mit 30 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen.

**13 Erlassantrag betreffend Gewerbesteuerforderungen, Grundbesitzabgaben sowie Gebühren zur Aufstellung eines Grabmals inkl. Säumniszuschlägen und Mahngebühren**

**Vorlage: I/455/2015/1**

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt dem Antrag von Frau ..., die offenen Forderungen in Höhe von 8.946,67 € betreffend der Gewerbesteuer der Jahre 2003 - 2008, Grundbesitzabgaben für das Grundstück „....“ aus dem Jahr 2010 sowie Gebühren zur Aufstellung eines Grabmals inkl. Säumniszuschlägen und Mahngebühren zu erlassen, zuzustimmen.

Gemäß der Richtlinie der Stadt Büdingen ist die Stadtverordnetenversammlung zum Erlass von Forderungen bei Beträgen über 1.000,00 € ermächtigt.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss wie vorgeschlagen.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 31 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

**14 Wahl einer stellv. Schiedsperson****Vorlage: V/342/2014/1/1****Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Büdingen wählt Frau Gabriele Liebegott, Büdingen, zur stellvertretenden Schiedsperson für das Schiedsamt der Stadt Büdingen.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss wie vorgeschlagen.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 32 Ja-Stimmen.

**15 Magistratsvorlagen Grundstücksgeschäfte****15.1 Verkauf eines Bauplatzes im Baugebiet „Am Sonnwiesenrain III“ Gemarkung Eckartshausen, Flur 7 Nr. 120, Sonnwiesenstraße 23****Vorlage: I/496/2015/1****Beschlussvorschlag:**

Die Stadt Büdingen verkauft an die Eheleute Bettina und Peter Fischer, An der Großen Wiese 7, 63454 Hanau, im Baugebiet Eckartshausen „Am Sonnwiesenrain III“ den Bauplatz Flur 7 Nr. 120 Sonnwiesenstraße 23, mit 579 m<sup>2</sup>.

Der Kaufpreis beträgt 160,00 €/m<sup>2</sup> = 92.640,00 €

Im Kaufpreis sind die Erschließungs-, Abwasser- und Wasserbeiträge, sowie der Kostenerstattungsbetrag nach § 135a BauGB enthalten.

Die Kosten des Rechtsgeschäftes gehen zu Lasten der Käufer.

Der Ortsbeirat hat dem Verkauf zugestimmt.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss wie vorgeschlagen.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 32 Ja-Stimmen.

**15.2 Verkauf eines Bauplatzes im Baugebiet „Am Sonnwiesenrain III“, Gemarkung Eckartshausen, Flur 7 Nr. 132, Sonnwiesenstraße 20.****Vorlage: I/494/2015/1****Beschlussvorschlag:**

Die Stadt Büdingen verkauft an die Eheleute ..., im Baugebiet Eckartshausen „Am Sonnwiesenrain III“ den Bauplatz Flur 7 Nr. 132, Sonnwiesenstraße 20, mit 546 m<sup>2</sup>.

Der Kaufpreis beträgt 160,00 €/m<sup>2</sup> = 87.360,00 €

Im Kaufpreis sind die Erschließungs-, Abwasser- und Wasserbeiträge, sowie

der Kostenerstattungsbetrag nach § 135a BauGB enthalten.

Die Kosten des Rechtsgeschäftes gehen zu Lasten der Käufer.

Der Ortsbeirat hat dem Verkauf zugestimmt..

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss wie vorgeschlagen.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 32 Ja-Stimmen.

**15.3 Verkauf des Grundstücks Gemarkung Eckartshausen, Flur 15 Nr. 90/9  
„Der Braune Berg“**

**Vorlage: II/364/2015**

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadt Büdingen verkauft an Herrn ... die Liegenschaft in der Gemarkung Eckartshausen, Flur 15 Nr. 90/9 „Der Braune Berg“ mit ca. 110.834 m<sup>2</sup>.

Der Kaufpreis beträgt 5,00 €/m<sup>2</sup> = 554.170,00 €

abzüglich des Ausfalls, der aufgrund der Bewirtschaftung der Fläche durch die ehemaligen Pächter in 2015 eintritt, in Höhe von gerundet 18.170,00 €, so dass der zu zahlende Betrag 536.000,00 € ausmacht.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Verweisung in den Haupt- und Finanzausschuss zur abschließenden Entscheidung.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Verweisung erfolgte einstimmig.

**16 Magistratsvorlagen Personalangelegenheiten**

Es lagen keine Vorlagen vor.

**17 Bekanntgaben an die SVV**

Ende der Sitzung: 21:55 Uhr.

Büdingen, 2015-06-05

Schriftführer

(Bernd Luft)  
Vorsitzender